

NEIN ZUR LUFTVERKEHRSSTEUER!

Resolution

Gemeinsame Erklärung von Unternehmen, Arbeitnehmer-Vertretungen, Verbänden und Gewerkschaften zur geplanten Luftverkehrssteuer der Bundesregierung

Mainz, den 9. Juli 2010

Im Rahmen ihres Sparpaketes plant die Bundesregierung die Einführung einer Luftverkehrssteuer im Umfang von 1 Milliarde Euro. Die Steuer soll von allen in Deutschland abfliegenden Passagieren erhoben werden.

Diese von der Bundesregierung geplante Luftverkehrssteuer im nationalen Alleingang würde das Fliegen in und ab Deutschland vor allem für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erheblich verteuern und deutsche Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Luftverkehrs- und Tourismusbranche treffen.

Die geplante Luftverkehrssteuer führt zu Nachfragerückgängen und einer Verlagerung von Flügen ins Ausland, wie Erfahrungen in anderen Ländern gezeigt haben. Für Deutschland würde diese Luftverkehrssteuer den nachhaltigen Abzug von rund 5 Millionen Passagieren und den Verlust von 10.000 Arbeitsplätzen bedeuten.

Die geplante Luftverkehrssteuer führt zu einem Export von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen ins Ausland. Damit verbunden sind erhebliche Mehrbelastungen und Einnahmeausfälle für die öffentlichen Haushalte des Bundes, der Länder und der Kommunen (Ausfall von Umsatz- und Ertragssteuern sowie Sozialversicherungsbeiträgen, Belastung der Bundesagentur für Arbeit sowie der Kommunen für Sozialleistungen), welche die zu erwartenden Mehreinnahmen durch die Luftverkehrssteuer übertreffen werden. Diese Netto-Mehrbelastung der Haushalte durch die Luftverkehrssteuer würde erneut den Steuerzahler treffen.

Die Luftverkehrssteuer leistet auch keinen Beitrag zum Klimaschutz, da der Großteil der Flüge lediglich ins Ausland verlagert wird. Hierdurch entstehen sogar Mehrfahrten im Straßenverkehr, so dass die Luftverkehrssteuer auch unter ökologischen Gesichtspunkten kontraproduktiv ist.

Dies vorausgeschickt, erklären die Arbeitnehmervertreter, die Unternehmen und Verbände der Luftverkehrs- und Tourismusbranche sowie die Gewerkschaften ihre Ablehnung zur Einführung einer nationalen Luftverkehrssteuer. Sie fordern die Bundesregierung auf, ihre Pläne zur Einführung der Luftverkehrssteuer zu überdenken, um Schaden vom Standort Deutschland, den dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den dort tätigen Unternehmen abzuwenden. Den Deutschen Bundestag fordern sie auf, der Luftverkehrssteuer nicht zuzustimmen.